

Hintergrundpapier

„Zukunft auf dem Land“

Herausforderungen und Perspektiven für die Politik und die Caritas aus dem demographischen Wandel in strukturschwachen ländlichen Räumen

1. Demographischer Wandel in Deutschland

Deutschland steht vor großen Veränderungen seiner Bevölkerung. Die Bevölkerung wird voraussichtlich schrumpfen, in ihrer Gesamtheit auch deutlich altern und der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird steigen. All dies lässt sich relativ gut prognostizieren.¹ Jedoch verläuft die demographische Entwicklung in den verschiedenen Bundesländern und je nach Region sehr unterschiedlich. Einige Regionen sind durch Wachstum gekennzeichnet, andere schrumpfen deutlich. Bevölkerungswachstum kommt meist nur noch durch Zuwanderung zustande – als Binnenwanderung oder aus anderen Ländern. Eine Alterung der Bevölkerung findet dagegen fast überall statt, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß.

Voraussagen über die Zukunft sind nicht gleich eine unausweichliche Vorherbestimmung. Prognosen sind immer abhängig vom Eintritt der bei der Prognose angenommen Rahmenbedingungen. Deshalb sind anstelle eindimensionaler Fortschreibungen bisheriger Entwicklungen zunehmend komplexe Zukunftsszenarien erforderlich, die Handlungsoptionen eröffnen. Bezogen auf die Prognose der demographischen Entwicklung können wir zum Beispiel nicht mit Sicherheit bestimmen, wie sich die Geburtenrate, die Zu- und Abwanderung, aber auch die Mortalität und der Gesundheitszustand Älterer in den kommenden Jahrzehnten entwickeln werden.

¹ In den letzten drei Jahren (2011 bis 2013) ist die Bevölkerung allerdings aufgrund von Zuwanderung noch gewachsen (Statistisches Bundesamt).

Auch Aussagen über regionale Entwicklungen, Folgen für die unterschiedlichen Infrastrukturen oder darüber, wie die Bürgerinnen und Bürger auf Veränderungen reagieren, sind mit hohen Unsicherheiten belastet. So wäre zum Beispiel der starke Geburtenrückgang im Osten Deutschlands nach der Wende ein paar Jahre vorher nicht vorhersehbar gewesen. Trotzdem gilt für demographische Prognosen, dass sie relativ sicher und langfristig möglich sind, da die potentiellen Mütter und Väter, die in den nächsten Jahren Kinder bekommen können, heute schon geboren sind.

Dieser demographische Wandel steht in sehr komplexen Zusammenhängen und wirkt sich auf viele Lebensbereiche aus. Deshalb braucht es auch einen Blick auf soziale Aspekte als Folge ungleicher Bildungschancen, auf ökonomische Ungleichheit, auf die Folgen der Migration, u. a. m. Es ist deshalb nicht einfach, für die verschiedenen Probleme geeignete Lösungen zu finden und die Wirkung von politischen oder sozialen Maßnahmen abzuschätzen.

Die demographischen und sozialstrukturellen Bedingungen ändern sich in der Regel nicht plötzlich und auch nicht völlig unerwartet, sondern prozessual. Deshalb nehmen wir manche Veränderungen als Einzelne nicht oder nur dann wahr, wenn wir selbst unmittelbar betroffen sind. Dies gilt auch für soziale Dienste und Unternehmen. Aus Verantwortung für die den Diensten anvertrauten Menschen und für die Beschäftigten ist es notwendig, Entwicklungen in ihren Dimensionen so genau wie möglich zu analysieren und rechtzeitig alternative Szenarien, wie auf diese Entwicklungen reagiert werden kann, zu durchdenken.

Der Deutsche Caritasverband in seiner Gesamtheit sieht sich in der Verpflichtung, die mit dem demographischen und sozialstrukturellen Wandel verbundenen Fragen aufzugreifen, Antworten zu suchen und Vorschläge zur Weiterentwicklung zu erarbeiten. Dies hat er bereits durch diverse sozialpolitische Positionierungen getan und auch die Mitgliedsverbände, Träger und Einrichtungen haben begonnen, sich in ihren jeweiligen Aufgabenfeldern der Probleme des demographischen Wandels anzunehmen.

2. Demographischer Wandel im ländlichen Raum

„Ländlicher Raum“ wird in der Regel über eine geringe Bevölkerungsdichte und die fehlende Zentralität eines Raumes definiert. Für eine konkretere Beschreibung sind vor allem das Vorhandensein von Infrastruktur, die Erreichbarkeit und Attraktivität von Zentren, das Angebot an Arbeitsplätzen und die Freizeitangebote von Bedeutung. Unter diesen Aspekten stellt sich „der ländliche Raum“ in großer Heterogenität dar.

Der ländliche Raum ist vom demographischen Wandel ebenso betroffen wie der städtische. Die Abwanderung aus ländlichen Räumen ist aber insgesamt deutlich höher als diejenige aus den Städten. Allerdings gibt es durchaus auch ländliche Räume, die Zuwanderungen verzeichnen können. Hierbei handelt es sich oft um Regionen im Umfeld von attraktiven Städten und Ballungsräumen mit hohem Potential an Arbeitsplätzen oder mit hohem Freizeitwert.

2.1. Strukturschwache ländliche Räume

Als strukturschwach werden ländliche Räume bezeichnet, die zentrumsfern, ökonomisch schwach und dünn besiedelt sind. Schon heute sind diese Räume von hoher Abwanderung betroffen. Oft sind sie auch durch eine negative Fremd- oder gar Selbstdefinition gekennzeichnet: Von außen wird zum Beispiel ihre Entwicklungsfähigkeit oder die Lebensqualität negativ beurteilt, von innen wächst bei den Menschen der Eindruck, man würde wirtschaftlich abgekoppelt, politisch „links liegen gelassen“ oder sei bereits „abgeschrieben“. Durch die abnehmende Bevölkerungsdichte und die damit verbundenen langen Wege wird es auch für Unternehmen sowie für soziale und Bildungseinrichtungen unattraktiver, Waren oder Dienstleistungen anzubie-

ten. Auch wird es schwieriger, hier Mitarbeiter zu gewinnen. Häufig ziehen sich diese Anbieter deshalb in Zentren zurück.

Solche Prozesse werden als „Peripherisierung“ beschrieben und durch folgende Faktoren gekennzeichnet:

- Abzug von Infrastruktur und öffentlichen Dienstleistungen in die Zentren, die für Menschen mit mangelnder Mobilität aus der Peripherie dann kaum noch erreicht werden können.
- Wertschöpfungsverluste in den einzelnen Wirtschaftszweigen und eine große Bedeutung von Subsistenzwirtschaft.
- Abwanderung von Arbeitsplätzen und damit auch jungen Menschen, die hier keine Zukunft mehr sehen.
- Überalterung und Überlastung von Familien in der Selbsthilfe.
- Wertverlust von Immobilien.
- Geringe politische Durchsetzungskraft und Interessenvertretung dieser Räume, fehlender Einfluss auf gesellschaftliche Diskurse.
- Gesellschaftliche Bewertung der Peripherie als funktionslos, rückständig und unattraktiv.

Solche Defizite haben in den ländlichen Räumen nicht für alle Bevölkerungsgruppen dieselbe Wirkung. Viele Menschen in der Stadt tragen in sich eine Sehnsucht nach dem Leben auf dem Land, das sie teilweise jedoch auch idealisieren. So entstanden in jüngster Zeit neue Zeitschriften wie „Landlust“, die diese Stimmung aufgreifen. Die Menschen in der Stadt schätzen die Werte des Landes, der kleinen Gemeinde, die zusammensteht und auch die dort vermuteten gegenseitigen Hilfen. Darüber hinaus gibt es wohlhabende und gleichzeitig mobile Menschen, die sich aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten einen Traum verwirklichen und sich in abgelegenen Gegenden niederlassen können. Für die meisten dagegen, vor allem für die Älteren, wird das Leben zunehmend schwieriger zu bewältigen. Nur gut die Hälfte der ländlichen Bevölkerung kann das nächstliegende Mittel- oder Oberzentrum innerhalb von dreißig Minuten mit Bus oder Bahn erreichen. Einige benötigen sogar mehr als eine Stunde. Daneben besteht das Problem von ausgedünnten Fahrplänen, die diese – jetzt schon eingeschränkte – Erreichbarkeit weiter erschweren.

2.2. Erfahrungen aus der Caritas-Arbeit

Fachleute der Caritas, die selbst im strukturschwachen ländlichen Raum aktiv sind, berichten von weiteren Problemen, die aus ihrer Sicht eine wichtige Rolle spielen. Die Caritasexperten aus solchen Problemregionen wurden nach einer bundesweiten Ausschreibung in einem Workshop im Juli 2013 in Freiburg befragt.

Das Thema „Mobilität“ bzw. Erreichbarkeit wird auch von ihnen durchgängig als Problem angesehen. Besonders hinderlich sind die langen Wege, die teilweise nötig sind, um medizinische Angebote zu erreichen. Gerade alte oder kranke Menschen haben oft nicht die Möglichkeit, selbst mit dem PKW zu einem Versorgungsangebot zu fahren. Auf der anderen Seite spielt Erreichbarkeit auch eine Rolle bei den ambulanten Versorgungsangeboten und es entstehen gegebenenfalls höhere Gestehungskosten aufgrund der längeren Anfahrtswege. Der Umzug in die Stadt oder in die Nähe der Kinder ist für viele keine Alternative und auch nicht finanzierbar. Oft haben die Menschen in ein Eigenheim investiert, das nun durch die hohe Abwanderung und die schlechten Prognosen keine Käufer mehr findet. So stehen diese Menschen trotz Eigenheim ohne nennenswerte finanzielle Mittel da – für einige droht sogar Altersarmut.

Angebote für Menschen mit spezifischen Problemlagen (Sucht, (drohende) Wohnungslosigkeit, Überschuldung etc.) können in entlegenen und strukturschwachen ländlichen Regionen nicht aufrechterhalten werden. Es leben aber auch im ländlichen Raum Menschen mit einer Häufung von sozialen Problemen. Für sie müsste es eigentlich langfristige Hilfsangebote geben, die

aber selten von den Gemeinden finanziert werden (können). Problematisch ist dabei auch, dass gerade ärmere Familien, die oft auf Hilfe angewiesen sind, immer häufiger aufs Land ziehen, da dort die Mieten deutlich günstiger sind.

Persönliche Problemlagen werden im ländlichen Raum schneller öffentlich. Dies erschwert es gewisse soziale Angebote vor Ort überhaupt in der nötigen Anonymität wahrzunehmen. Infolge dessen müssen die sozialen Angebote im ländlichen Raum so ausgestaltet oder erreichbar sein, dass die Menschen sie auch in Anspruch nehmen können.

Zunehmend verfügen Gemeinden und Siedlungen nicht mehr über zentrale Einrichtungen und Orte, die personale Kommunikation und Vernetzung ermöglichen. Die letzte Gastwirtschaft wird geschlossen und der Betreiber eines Ladens für den täglichen Bedarf gibt auf. Neue Formen der Aufrechterhaltung oder Wiedereinrichtung von lokalen Begegnungsmöglichkeiten müssen gefunden werden. Und dort, wo Grundstrukturen, wie zum Beispiel eine lokale freiwillige Feuerwehr, nicht mehr aufrechtzuerhalten sind, muss die Zusammenarbeit mit anderen Dörfern gesucht werden.

Die Kirchen mit ihren Gemeinden im ländlichen Raum strukturieren sich in jetzt größeren Räumen neu. Wenn gewachsene Gemeindestrukturen zerbrechen oder erodieren, stellt dies ein Problem für das zukünftige ehrenamtliche/freiwillige Engagement in der Caritas dar, weil viele Ehrenamtliche und Freiwillige sich in den Gemeinden finden und über sie organisiert sind. Das eingeschränkte Gottesdienstangebot und ein ausgedünntes Gemeindeleben wirken für viele demotivierend.

3. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland?

Weil durch die oben skizzierte „Peripherisierung“ die Ungleichheiten innerhalb Deutschlands zunehmen werden, wird sich auch die Diskussion um die Themen der „Gleichwertigkeit“ oder „Einheitlichkeit“ der Lebensverhältnisse verstärken.

Beide Begriffe verweisen zunächst auf das Grundgesetz. In Art. 72 wird dem Bund in bestimmten Bereichen das „Gesetzgebungsrecht“ zugestanden, „wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht“. In Art. 106 (3) 2 wird im Zusammenhang der Regelungen für die Verteilung von Steuereinnahmen die Forderung erhoben, dass „die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gewahrt wird“. Der Begriff der „Einheitlichkeit“ kommt im Grundgesetz noch öfters vor, beispielsweise in Art. 95 als „Einheitlichkeit der Rechtsprechung“. Diese Formulierungen stehen in Verbindung mit dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz in Art. 3 und dem Sozialstaatsgebot in Art. 20 (1). Beide Begriffe weisen in die gleiche Richtung und drücken den Grundgedanken aus, dass man in einem „Bund“ solidarisch füreinander eintreten muss.

Aus sozialetischer Sicht sind „Gleichwertigkeit“ oder „Einheitlichkeit“ der Lebensverhältnisse eine Frage der Gerechtigkeit unter den Bewohnern/Bewohnerinnen Deutschlands. Gerechtigkeit kann aber nicht Gleichheit in jeder Hinsicht bedeuten. Immer ist zu fragen: Welche Gleichheit ist um der Gerechtigkeit willen nötig? Inwieweit ist aber andererseits auch Ungleichheit unvermeidlich oder zu rechtfertigen, etwa als Ergebnis natürlicher Ungleichheiten oder als Ergebnis von berechtigten freien Entscheidungen?

In der politischen Philosophie und der Sozialethik besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass umso mehr Gleichheit anzustreben ist, je mehr es sich bei den zu verteilenden Gütern um Freiheitsrechte, faire Chancen und soziale oder materielle Grundgüter handelt. Deshalb ist Gleichheit in der Achtung und dem Schutz von Grundrechten eine zentrale Forderung. Das impliziert eine möglichst gleichmäßige Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung. Auch müssen Menschen in ganz Deutschland in gleicher Weise mit einem soziokulturellen Existenzminimum aus-

gestattet sein und deshalb gleichen Zugang zu den Basisleistungen der sozialen Sicherungssysteme haben. Dies bedingt auch die gleichmäßige Bereitstellung von Wasser- und Energieversorgungsleistungen sowie von qualitativ gleichwertigen Kommunikationsdienstleistungen (Post, Telefon, Internet). Auch ist für alle der Zugang zu Bildungseinrichtungen und Gesundheitsdienstleistungen zu gewährleisten, wobei hier die Bündelung in „zentralen Orten“ oder „mobile Dienstleistungsangebote“ zumutbar erscheinen.

Aber schon bei der Frage des Zugangs zu Arbeitsplätzen, den damit verbundenen Ungleichheiten der Einkommen oder bei der Ausgestaltung einer guten Infrastruktur wird man geographisch oder historisch bedingte Ungleichheiten nur teilweise ausgleichen können. Manche Regionen sind eben auf Grund ihrer geographischen Lage und durch historische Entwicklungen bevorzugt, andere benachteiligt. Oft sind bestimmte Nachteile (z. B. durch Abgelegenheit bedingte längere Wege) mit Vorteilen (niedrigere Mieten, unberührtere Natur) verbunden. Gegensätze von Stadt und Land werden trotz vielfältiger Bemühungen nicht beseitigt werden können. Je mehr Menschen ihren Wohnort auf Grund freier Entscheidung wählen können und dabei auftretende Vor- und Nachteile bewusst für sich ausbalancieren, umso mehr können auch mit der Wahl des Wohnortes einhergehende Unterschiede jenseits der oben angedeuteten mindestens notwendigen Gleichheit als zumutbar angesehen werden.

Gleichheit, Gleichwertigkeit oder Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse sind also durchaus anzustrebende Ziele, werden aber immer nur graduell und teilweise erreicht werden können. Sie sind keine irgendwann erreichbaren „Punktziele“, sondern „Richtungsziele“. Recht, politische Philosophie und Sozialethik können sicherlich keine Formeln liefern, um das genaue Maß an herzustellender Gleichheit oder legitimer Ungleichheit anzugeben. Über die oben angedeuteten Standards hinaus ist es letztlich eine politische Frage, für welchen Grad von Gleichheit sich ein Gemeinwesen entscheidet. Das bedeutet jedoch nicht, dass es sinnvoll wäre, diese Ziele aufzugeben und stattdessen etwa nur noch von einem überregionalen gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sprechen. Fragt man nämlich nach den Bedingungen für diesen Zusammenhalt, wird man sehr schnell eben doch wieder mit Fragen der Einheitlichkeit oder Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse konfrontiert. Bei allem ist zu bedenken, dass sich Lebensqualität und menschenfreundliche Lebensverhältnisse auch nur teilweise durch staatliche Aktivitäten „herstellen“ lassen. Staatliche Aktivitäten müssen ins Leere laufen, wenn sie nicht den Lebensumständen der Menschen, auf die sie sich richten, entsprechen.

4. Perspektiven

Um auch im demographischen Wandel Gleichwertigkeit oder Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse wenigstens annäherungsweise herzustellen, bedarf es des Zusammenwirkens von Staat, Zivilgesellschaft, Kirchen und der einzelnen Bürgerinnen und Bürger. Voraussetzung dafür ist die sensible Wahrnehmung von Nöten und Gerechtigkeitslücken und die Bereitschaft, für die Minderung von Not und die Vermeidung und Behebung von Gerechtigkeitslücken einzutreten. Wir Christen haben dazu eine Verpflichtung, die sowohl in der Moral als auch im Glauben wurzelt. Denn der Glaube an einen menschenfreundlichen und gerechten Gott lässt sich glaubwürdig nur verkünden, wenn die Gläubigen selbst eine Praxis der Menschenfreundlichkeit und der Gerechtigkeit zu leben versuchen. Papst Franziskus spricht in seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii gaudium* sogar von der „absolute[n] Vorrangigkeit des ‚Aus-sich-Herausgehens auf den Mitmenschen zu““ (*Evangelii Gaudium* 179). Dabei werden Christen von der Hoffnung getragen, dass die Zuwendung zum Mitmenschen auch dann sinnvoll und richtig ist, wenn sie auf den ersten Blick als vergeblich erscheint. Diese Hoffnung ist weder weltfremd noch irrational. Sie gründet im Glauben an Jesus Christus, in dem die Zuwendung Gottes zum Menschen sichtbar geworden ist. Deshalb ist der Ort der Begegnung von Menschen immer auch ein Ort der Gottesbegegnung und der Glaubenserfahrung.

Dass Christen ihren Einsatz für Gerechtigkeit und die Linderung von Not aus dem Glauben heraus verstehen und ihre Hoffnung aus dem Glauben beziehen, bedeutet freilich nicht, dass sie deshalb immer schon besser wüssten, welche konkreten Lösungen anzustreben und welche Wege einzuschlagen wären. Allerdings sehen Christen aus dieser Hoffnung heraus eine besondere Verantwortung der genauen Analyse der Problemlagen und der sorgfältigen Reflexion auf adäquate Maßnahmen unter Berücksichtigung ihrer Wirkungen und Nebenwirkungen. Der demographische Wandel ist eine Herausforderung für kirchlich geprägte Gemeinden in strukturschwachen ländlichen Räumen. Sie müssen sich von der Gottesdienstgemeinde umwandeln in Solidargemeinschaften, also von der „religiös versorgten“ zur „mitsorgenden Gemeinde“. Hierfür sind die Erfahrungen der betroffenen und der engagierten Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen. Im Folgenden werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit mögliche Maßnahmen vorgestellt.

4.1. Politische und sozialrechtliche Handlungsfelder

Grundsätzlich ist die „Daseinsvorsorge“, nämlich die flächendeckende und angemessene Bereitstellung von Gütern und Leistungen, die als lebenswichtig angesehen werden, Aufgabe des Staates und der Kommunen beispielsweise in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung, Post- und Telekommunikation, Verkehr, Kultur sowie soziale und gesundheitsbezogene Dienstleistungen. Dabei sollen und können auch andere Akteure in die Bereitstellung und in die Gestaltungsprozesse eingebunden sein.

Konkrete Ideen und Ansätze gibt es in vielen Bereichen. Im Bereich **Mobilität** wird zum Beispiel über flexiblere Formen des ÖPNV nachgedacht wie etwa Anrufsammeltaxis. Es gibt darüber hinaus in einigen Gemeinden Bürgerbusse oder Ehrenamtliche und Freiwillige, die Fahrdienste übernehmen. Von der anderen Seite her gedacht (wie verkleinere ich als Anbieter die Entfernungen) gibt es Beispiele von sogenannten rollenden Supermärkten oder auch von mobilen Ärzten, die ihre Sprechstunden in verschiedenen Dörfern halten, teilweise auch mit Bussen, die zu Behandlungsräumen umfunktioniert werden. Diese Ideen sind zum Teil bereits umgesetzt, haben aber häufig Modellcharakter. Die Flexibilisierung könnte auch ein Vorbild für die Angebote sozialer Dienste und Bildungseinrichtungen sein.

Auch die **Nutzung des Internets** wird gefördert. Die Bundesregierung treibt die Breitbandversorgung auch von entlegenen Gebieten voran. Mit einer leistungsstarken Internetverbindung gibt es zum einen die Möglichkeit der Einrichtung von Telearbeitsplätzen, die eine Abwanderung eventuell etwas bremsen können. Zum anderen können elektronische Angebote in Anspruch genommen werden wie Online-Banking, E-Government (Erledigung von Behördengängen etc. per Internet), Einkaufen, Lernen oder auch im Bereich Telemedizin.

Im Bereich **Gesundheit und Pflege** werden neben der Telemedizin auch Online-Beratungen zum Beispiel für pflegende Angehörige oder internet-gestützte Assistenzsysteme in Wohnungen angedacht. Außerdem wird über die Delegation ärztlicher Leistungen diskutiert ebenso wie über Kooperationen (Beispiel: Haus- und Fachärzte betreiben gemeinsam „Gesundheitshäuser“, in denen sie alternierende Sprechstunden anbieten). Bestrebungen zu einem intern abgestimmten regionalen Vorgehen bei der Bedarfsplanung werden angeregt. Darüber hinaus werden die Krankenkassen aufgefordert, ihre Möglichkeiten bei der besseren Vergütung von Ärzten im ländlichen Raum auszuschöpfen. Pflegefachkräfte aus ambulanten Pflegediensten sollen einen Teil der Aufgaben übernehmen, die heute Ärzten vorbehalten sind. Vorhandene Krankenhäuser könnten ihre Fachabteilungen auch für die ambulante Behandlung öffnen. An vielen Stellen – gerade auch im Bereich Alter und Pflege – werden Überlegungen zur Einbeziehung von mehr Ehrenamtlichen und Freiwilligen angestellt.

Überhaupt werden große Hoffnungen auf das **bürgerschaftliche Engagement** gesetzt. Die Gründung sogenannter Dorfläden gilt als gutes Beispiel (obwohl von vielen Hemmnissen und

Schwierigkeiten berichtet wird). Aber auch andere Ansätze wie zum Beispiel die Gründung von Selbsthilfeorganisationen sind zu beachten.

Eine neue Herausforderung stellt sich für ländliche Gebiete, insbesondere aber strukturschwache Regionen durch den steigenden **Zuzug von Flüchtlingen**. Hier werden auch Kontingente in ländliche Räume vergeben werden. Dadurch, dass der Anteil von Migranten in diesen Regionen sehr klein ist, sind wenige integrationspolitische Maßnahmen vorhanden, woraus sich spezifische Probleme ergeben. Chancen können entstehen, wenn der Zuzug von Migranten aktiv gestaltet wird. Falls dies gelingt, kann durchaus einen Beitrag auf den demographischen Wandel und die Überalterung gerade in diesen Gebieten leisten. Auch hier spielt das bürger-schaftliche Engagement von einzelnen, Verbänden und Vereinen eine wichtige Rolle.

Dementsprechend wird auch überall betont, wie wichtig es ist, die Menschen auf dem Weg der Neugestaltung und Anpassung zu beteiligen, statt an ihnen vorbei zu planen. Allerdings fehlt es häufig an belastbaren Rahmenbedingungen für Teilhabe, während gleichzeitig Teilnahme eingefordert wird. Eine hohe Identifikation mit dem Wohnort und auch mit den einzuleitenden Maßnahmen vor Ort ist eine der Grundvoraussetzungen dafür, dass die oben genannten Programme Wirkung zeigen und sich positiv auf das Leben der Menschen auswirken. Hier müssen strategische Ansätze weiterentwickelt werden. Die Unterstützung der Menschen für solche Aufgaben muss verstärkt und Netzwerke müssen ausgebaut werden.

Verbandsgemeinde

Gutes Beispiel: Der WEGE-Prozess der Verbandsgemeinde Daun

In der Verbandsgemeinde Daun in der Eifel hat man die Herausforderung des demographischen Wandels im so genannten Wege-Prozess aktiv angegangen. Er wurde im April 2010 ins Leben gerufen und steht unter dem Motto „Wandel erfolgreich gestalten“ In der Verbandsgemeinde ist die Bevölkerungszahl zurückgegangen. Gleichzeitig ist die verbleibende Bevölkerung gealtert. Prognosen sagen voraus, dass sich diese Entwicklung im Lauf der nächsten 20 Jahre weiter verschärfen wird. Die Verbandsgemeinde hat die prognostizierte Entwicklung mit dem Motto „WENIGER. ÄLTER. BUNTER“ zusammengefasst. Sie will mit dem WEGE-Prozess Anpassungs- und Umsteuerungsstrategien erarbeiten. Dafür macht sie Anleihen bei Change-Management-Prozessen.

Beginnen soll und muss der Wandel im Kopf. So wurde bei Bevölkerung und Politikern im ersten Schritt ein Problembewusstsein geschaffen. Dies wird während des gesamten laufenden Prozesses fortgeführt. Dem folgte ein breiter Beteiligungsprozess, in dem eine Vision entwickelt werden sollte, wie die Verbandsgemeinde in den kommenden Jahren „aussehen“ soll. Dies wurde bewusst so angegangen, dass nicht nur Probleme analysiert wurden, sondern Bilder einer gewünschten Zukunft entwickelt wurden. Der Kern der entwickelten Vision ist das Bild der „gesunden Verbandsgemeinde“. Das Thema Gesundheit soll nach dem Salutogenese-Konzept künftig alle Lebensbereiche (Leben, Wohnen, Arbeiten) umfassen und entwicklungsleitend für alle zukünftigen Planungen sein. Aufgrund der schönen Lage in der Vulkaneifel bot es sich an, auch die Themenfelder Gesundheit und Tourismus zu verknüpfen und damit eventuell neue Arbeitsplätze und Infrastruktur zu schaffen. So entstand auch die Vision des „GesundLand Vulkaneifel“.

Viele Menschen arbeiten an der Umsetzung des WEGE-Prozesses. Einmal gibt es eine sogenannte Veränderungscoalition aus der Kommunalpolitik (Verbandsgemeinde und Ortsgemeinden), die sich dazu verpflichtet hat, die Ziele des Prozesses im Auge zu behalten. In der Verwaltung wurde ebenfalls für den Prozess sensibilisiert – es gibt einen Handlungsleitfaden und regelmäßige Informationsveranstaltungen. In der Fläche agieren die sogenannten WEGE-Botschafter, die als Ansprechpartner für die Ortsgemeinden fungieren und die Bewusstseinsbil-

dung vor Ort vorantreiben. Die Botschafter arbeiten auf ehrenamtlicher/freiwilliger Basis. Sie sind auch Teil des WEGE-Teams, das den Prozess leitet und strategische Impulse gibt. Unterstützt wird der Prozess mit EU-Mitteln.

Quelle: <http://www.daun.de/wege/>

4.2. Eigenständigkeit der Menschen und lokale Initiativen ernst nehmen

Selbstorganisation und Selbsthilfe können gerade im ländlichen Umfeld, wo unter Nachbarn oft noch persönliche Beziehungen bestehen, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen einen entscheidenden Unterschied bewirken. Menschen engagieren sich gemeinsam und für andere, weil sie im bürgerschaftlichen Engagement

- Verwirklichungschancen für sinnvolles Leben und Handeln
- Zwischenmenschliche Beziehungen, soziale Kontakte
- Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Solidarität
- Freude am Leben
- Persönlichkeitsentfaltung, Kompetenzentwicklung
- Wirksamkeitserfahrung

entdecken. Etwa jede/r Dritte in Deutschland engagiert sich irgendwo ehrenamtlich/freiwillig; ein weiteres Drittel ist grundsätzlich dazu bereit. Ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeit nimmt in der Altersgruppe zwischen 60 und 75 zu (vgl. Freiwilligensurvey 2000).

Dem Eigensinn der Selbsthilfe und des Ehrenamts auch bei der Bewältigung des demographischen Wandels in strukturschwachen ländlichen Regionen Raum zu geben, hat Konsequenzen:

Institutionen müssen ihre Arbeitsweise und Angebote infrage stellen, ggf. ihre fachlichen Standards um bestimmte Kriterien erweitern. Erfahrungsgemäß zeigt sich neben dem Bedarf an spezifischer Beratung, Dienstleistung und Hilfsmitteln zunehmend ein Bedürfnis nach persönlicher Zuwendung und allgemeiner Unterstützung. Gemeinschaftliche Unternehmungen in Eigenverantwortung bewirken mehr Kommunikation, Kooperation und Kreativität von Einzelnen und Gruppen.

Auch staatliche und öffentlich-rechtliche Entscheidungsabläufe und Regelungen müssen Gestaltungsräume für örtliche Initiativen zulassen und flexibel mit unterschiedlichen Lösungswegen umgehen können. Dabei ist darauf zu achten, dass diese Initiativen nicht von Seiten des Staates zum Anlass genommen werden, um sich aus eigenen originären Aufgaben mit dem Ziel von Einsparungen zurückzuziehen. Die Herausforderung besteht darin, Initiativen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam zu einer zielgerichteten und tragfähigen Vernetzung zum Wohle der Menschen im ländlichen Raum zu führen.

Wo Menschen sich daran gewöhnt haben, alle Probleme an Institutionen zu delegieren, können mithilfe von Gemeinwesenarbeit neue Perspektiven solidarischen Handelns angesichts realer Erfordernisse in den Blick kommen.

Die Chance für Neuanfänge und Aufbrüche in strukturschwachen ländlichen Räumen liegt in der starken Identität und dem Verantwortungsbewusstsein der Landbevölkerung für das eigene Dorf und dessen Zukunft. Als positive Faktoren für solche Neuanfänge können angeführt werden:

- Bereitschaft, Probleme selbst zu lösen und nicht auf Institutionen zu warten
- Familie, Nachbarschaft, Religion sowie klare Spielregeln als Grundpfeiler des Zusammenlebens
- Traditionelle Werte wie Fleiß, Solidarität und Bodenständigkeit, die weiterhin für wichtig gehalten werden

- Denken in Langfristigkeit und in der Abfolge von Generationen, auch durch die Nähe und das Leben in der Natur
- Potentiale, Charismen und Fähigkeiten der Bewohnerinnen und Bewohner
- Netzwerke zwischenmenschlicher Beziehungen und sozialer Verbundenheit.

Selbsthilfeorganisation

Die Selbsthilfeorganisation „Vulkania“ versteht sich als Zeit- und Tauschbörse im Vogelbergkreis, dem in Hessen strukturschwächsten ländlichen Kreis. Vulkania zielt auf das geldlose Tauschen von Hilfeleistungen der Mitglieder ab. So soll erweiterte Nachbarschaftshilfe auf Gegenseitigkeit ermöglicht werden. Geleistete Hilfeleistungen werden nach der für sie aufgewendeten Zeit bewertet. Materialkosten sind Sache des Auftraggebers, der Umgang mit Fahrtkosten wird zwischen den Tauschpartnern verhandelt.

Eine Buchungsstelle führt „Konten“ über die Zeitguthaben und verrechnet diese. Außerdem gibt es eine sogenannte „Marktzeitung“, in der Angebote und Nachfragen anonym veröffentlicht werden. Insgesamt wird die Zeitbörse auf non-profit-Basis verwaltet. Derjenige, der diese Organisationsarbeit übernimmt, bekommt den zeitlichen Aufwand auf seinem „Konto“ gutgeschrieben. Er wird allen Teilnehmerkonten zu gleichen Teilen belastet.

Außerdem existiert die Möglichkeit, Zeitspenden zu tätigen, die dann auf ein Solidarkonto gebucht werden, welches (nach Absprache in der Mitgliederversammlung) für soziale Zwecke (z. B. Hilfe für behinderte und/oder ältere Menschen) verwendet wird.

Quelle: <http://vulkania-zeitboerse.de>

4.3. Handlungsoptionen der Kirche und ihrer Caritas

Neben den bereits skizzierten Ansätzen, die Caritas unterstützen und begleiten kann, gibt es spezifische Handlungsoptionen, die schon heute umgesetzt oder angedacht werden. Ziel muss auch hier der „inklusive Sozialraum“ sein. Dabei wirkt sich aus, ob caritative Institutionen flächendeckend vor Ort vertreten sind oder nicht, wobei unterschiedliche Faktoren eine Rolle spielen: z. B. konfessionelle regionale Prägung, caritative Schwerpunktsetzungen und geschichtliche Entwicklungen.

4.3.1. In Regionen, in denen die Caritasdienste schwach vertreten sind

Einige der Fachleute der Caritas aus dem ländlichen Raum berichteten, dass sich ihre Verbände hauptsächlich mit (von Hauptamtlichen durchgeführten) Angeboten in den Zentren der Region angesiedelt haben. Auch diese Caritasverbände bemühen sich – angesichts der sich abzeichnenden Probleme im strukturschwachen ländlichen Raum – in die Fläche zu wirken. Hier wird in der Regel versucht, auf Ansprechpartner vor Ort zu bauen, die erste Probleme lösen können und bei Bedarf die Menschen zu den Beratungsangeboten in den Zentren lotsen. Trotz allem Bemühen wird sich aber nicht in allen Regionen eine Präsenz der Caritas aufrechterhalten lassen.

Oft sind diese Ansprechpartner Ehrenamtliche, häufig aus der Gemeindecaritas, die etwas für ihre Gemeinde tun wollen. Speziell benannte Hauptamtliche aus den Caritasverbänden bemühen sich, eine Verbindung von den hauptberuflichen und zu den ehrenamtlichen/freiwilligen Caritasdiensten herzustellen und einen Informationsaustausch anzuregen. Außerdem werden Ehrenamtliche und Freiwillige zum Teil in Hinblick auf spezielle Problemlagen geschult und es werden neue Handlungsansätze angeregt wie zum Beispiel Einkaufsgemeinschaften, Fahrergemeinschaften, Seniorenbeauftragte etc. Teilweise versuchen die Caritasverbände auch, in den Gemeinden Sprechstunden anzubieten, manchmal in den Pfarrhäusern. Als problematisch für

die ehrenamtliche/freiwillige Arbeit wird gesehen, dass die kirchlichen Strukturen im ländlichen Raum bröckeln, wenn die Pastoralgebiete zu groß und damit anonym werden. Pastorale Räume müssen weiterhin in konkreten Orten verankert sein. So stellt sich die Frage, wie weiter Räume für Ehrenamtliche und Freiwillige gefunden werden können und wie der Zusammenhalt organisiert werden kann. Einige Fachleute sprechen von guten Erfahrungen mit einer Öffnung von Ehrenamtlichen und Freiwilligen hin zu anderen konfessionellen Gruppen, Vereinen und Verbänden. Die Caritas muss sich in den neugeschaffenen pastoralen Räumen einbringen.

Caritas in Kooperation

„Wir – DAHEIM in Graben!“ ist ein Modellprojekt des Caritasverbands für die Diözese Augsburg. In dem Projekt sollen für die Gemeinde Graben – beispielhaft für andere vergleichbare ländliche Gemeinden – Antworten gefunden werden, wie angesichts des demographischen Wandels Gemeinsinn gestärkt und Möglichkeiten echter Teilhabe verbessert werden können. Ziel ist es, dass Menschen auch dann vor Ort bleiben können, wenn sie aufgrund ihrer Lebenssituation fremde Unterstützung benötigen.

Graben erfuhr zwischen 1999 und 2012 einen Bevölkerungszuwachs von 20 %. Allerdings wird der Anteil der über 65-Jährigen nach einer Prognose im Jahr 2021 um 37,2 % höher sein als in 2009. Demgegenüber wird der Anteil der unter 18-Jährigen um 11 % sinken. Der Anteil der 18- bis 65-Jährigen soll moderat um 2,7 % wachsen. In Graben wird also in den kommenden Jahren eine deutliche Alterung stattfinden.

Im Projekt kooperieren der Caritasverband für die Diözese Augsburg, die Gemeinde Graben, der Landkreis Augsburg und das Begegnungsland Lech-Wertach. Es wird die Zusammenarbeit aller relevanten Akteure und Organisationen des kulturellen, sportlichen, religiösen und sozialen Lebens gesucht. Zur Organisation der Vernetzung wurde in Graben ein „Büro Inklusives Graben“ errichtet, das auch informierend, beratend und vermittelnd tätig sein soll.

Im Rahmen einer Bürgerbefragung wurde zusammen mit der Universität Augsburg eine Sozialraumanalyse durchgeführt. Dabei wurden verschiedene Bereiche der Gemeinde Graben bewertet (z. B. Familienfreundlichkeit, Seniorenfreundlichkeit, Vereinsleben) und auch andere Lebensaspekte der Bevölkerung wie die Wohnsituation, die eigene Einstellung zu Nachbarschaftshilfe, der eigene Hilfebedarf oder die Mobilität erfragt.

Ausgehend von der Befragung wurden in einer Zukunftswerkstatt die Bedarfe in ausgewählten Bereichen diskutiert und in einem zweiten Schritt Vorschläge für Maßnahmen entwickelt. Positiv bewertete Maßnahmen sollen nun Schritt für Schritt umgesetzt werden.

Das Projekt wird unter anderem gefördert von der Aktion Mensch, dem Landkreis Augsburg und dem Freistaat Bayern.

Quelle: <http://www.graben.de/index.php?id=1825,15>

Eine bisher selten verwirklichte Möglichkeit ist es, mit einem Beratungsbuss oder -auto die Dörfer abzufahren. Dies wird in einer Gegend überlegt, in der die konfessionelle Bindung der Bevölkerung schwach und die Kirche eher auf dem Rückzug ist.

Kirche soll sich als Ort des Zusammenlebens begreifen und ihre Caritas in Netzwerken mitarbeiten, z. B. mit der Diakonie oder mit Kommunen. Wo andere Akteure sich auch auf den Weg machen, die Zukunft im ländlichen Raum zu gestalten, kann sich die Caritas einbringen, auch mit ihrer Fähigkeit, ehrenamtliches/freiwilliges Engagement zu organisieren.

Auf dem Weg zu den Menschen....

Das Verbandsgebiet des Caritasverbandes Singen-Hegau e. V. liegt im Landkreis Konstanz, ganz nah am Tourismus- und Naherholungsgebiet Bodensee. Singen, als Standort der Geschäftsstelle, hat ca. 45.000 Einwohner und ist als Industrie- und Arbeiterstadt auch durch eine hohe Anzahl an Menschen mit Migrationshintergrund und an Personen im Bezug von ALG II geprägt. Den Hegau prägt die Vulkanlandschaft, eine ländliche Struktur mit kleinen Gemeinden, die Städte Engen (ca. 11.000 EW) im Westen und Stockach (ca. 17.000 EW) im Nordosten und ein unzureichend ausgebautes Netz im öffentlichen Nahverkehr.

Vorstand und Geschäftsführung des Caritasverbandes stellten sich 2007 die Frage, was der Caritasverband tun kann, um Menschen in Not im Hegau zu erreichen, wenn die Wege nach Singen und zu den Caritas- Angeboten weit sind. Die klare Entscheidung war, dass die Angebote der Sozialen Dienste auch im Hegau für Ratsuchende möglichst wohnortnah erreichbar sein sollen. Mit den katholischen Seelsorgeeinheiten als wichtigem Kooperationspartner im Caritas-Grundauftrag sind deshalb in den vergangenen Jahren folgende Dienste und Einrichtungen entstanden:

- Die Caritas-Stelle in Stockach als feste Einrichtung mit vier Beratungsangeboten der Sozialen Dienste
- Das Caritas-Sozialzentrum in Engen als feste Einrichtung mit zwei Beratungsdiensten und dem Engener Tafelladen in einem Gebäude mit der katholischen Sozialstation
- Die Stabstelle Gemeindec Caritas, die in Zusammenarbeit mit den katholischen Seelsorgeeinheiten die ehrenamtliche Caritas- Arbeit vor Ort weiterentwickelt, begleitet und unterstützt (Caritas- Ausschüsse, Besuchsdienste, Projekte, Kooperation usw.)
- „Caritas vor Ort“ als mobiles Beratungsangebot des Caritassozialdienstes mit wöchentlicher Sprechzeit in zwei Seelsorgeeinheiten, das finanziell vom Caritasverband mit den Seelsorgeeinheiten getragen wird.

Nahe bei den Menschen zu sein im gemeinsamen Grundauftrag von Seelsorgeeinheiten und Caritasverband und „der Caritas ein Gesicht geben“ – diesen Zielen ist der Caritasverband Singen-Hegau e. V. mit diesen Angeboten ein gutes Stück näher gekommen.

Quelle: Martina Walz, Caritasverband Singen-Hegau e.V., Fachbereichsleiterin, Soziale Dienste. Beate Jörg, Caritasverband Singen-Hegau e.V., Gemeindec Caritas.

Eine besondere Bedeutung können in diesem Zusammenhang Einrichtungen der Caritas in Regionen erhalten, in denen kirchliche Strukturen und Anlaufstellen wegbrechen. Soweit solche Einrichtungen vorhanden sind, sollten diese sich zu zentralen Begegnungs- und Kristallisationspunkten gemeindlichen Lebens entwickeln.

Modellprojekt Dorfgespräch

Die genaue Betrachtung der ländlichen Räume und insbesondere der Dorfgesellschaften zeigt, dass enorme Entwicklungskräfte durch die Einwohnerinnen und Einwohner selbst aktiviert werden können. In den Dörfern sind eine starke Identifikation mit dem Lebensumfeld und ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein erkennbar. Das niedersächsische Modellprojekt Dorfgespräch setzt genau hier an und entwickelt Kommunikationswerkzeuge, um im Dialog der Men-

schen die Zukunftsstrategien für diese kleine Lebenseinheit zu entwickeln. Beim Dorfgespräch werden die Entwicklungsprozesse in Dörfern speziell auf ein neues Ziel ausgerichtet – die Entwicklung von Dialogbereitschaft und Gesprächskultur. Bei einem Dialogprozess können alle Bewohnerinnen und Bewohner eines Dorfes ihre Interessen und Ansprüche kommunizieren, gemeinsame Entwicklungsstrategien vereinbaren und diese zielgerichtet umsetzen. Das Dorfgespräch nutzt die starke Identifikation als Motor und knüpft bei der Einsatzbereitschaft der Menschen an.

4.3.2. In Regionen, in denen die Caritasdienste stark vertreten sind

In einigen strukturschwachen ländlichen Räumen hat die Caritas ein (von Hauptamtlichen getragenes) flächendeckendes Angebot. Häufig ist das die ambulante Pflege, die alle Dörfer anfährt. In diesen Gebieten ist die Caritas tendenziell eher als Akteur bekannt und kann neben den oben genannten Aktivitäten auch weitere Prozesse starten, die auf den demographischen Wandel eingehen. Sie kann Motor sein und mit Kirche, Kommunen, anderen Wohlfahrtsverbänden und Vereinen Kooperationen anstoßen, wobei das bei allen Akteuren ein Problembewusstsein sowie den politischen Willen voraussetzt, dem demographischen Wandel zu begegnen. Kooperationen können z. B. dazu führen, Räume mit anderen Angeboten zu teilen und durch die Vernetzung erworbene Kenntnisse über Angebotsfelder anderer Akteure für die Zielgruppen zugänglich zu machen.

Aus solchen Caritasverbänden gibt es z. B. den Vorschlag, die Besuche der ambulanten Pflege mit der Auslieferung von Essen zu verbinden. Eine weitere Idee ist, dass die Pflegedienste der Caritas ärztliche Aufgaben übernehmen, eventuell mit einer Unterstützung über das Internet. Diese Ansätze sehen Funktionserweiterungen von Caritasdiensten vor, durch die neue Angebote bereitgestellt werden. In eine ähnliche Richtung geht die Überlegung, im Kindergarten Beratungsangebote anzusiedeln.

Andere Caritasverbände haben einen Dorfladen mitgegründet. Dies war allerdings aufgrund mangelnder Nachfrage nicht von Erfolg gekrönt. Angebote von sozialen Diensten müssen natürlich auch einer Nachfrage entsprechen. Das Genossenschaftsmodell gewährleistet – so wird berichtet - noch am besten, dass Angebote sich auch tragen, weil die Genossen aus Eigeninteresse handeln. Ein Beispiel sind die Einkaufsläden noch in den kleinsten Dörfern der Schweiz, die als Genossenschaften der Dorfbewohner organisiert sind.

Caritas als Initiator

Der Caritasverband Soest hat ein Projektangebot an die Gemeinde Lippetal gemacht, mit dem Ziel, Sicherheiten für alle alten Menschen im Lippetal zu geben. Er verfolgt vier Ziele: Erhalt der eigenen Wohnung (auch für Menschen, die wenig Geld haben), Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs und allen anderen zum Leben notwendigen Dingen (auch bei Immobilität), Erhalt der Mobilität, Erhalt der Gemeinschaft.

Dazu soll ein ehrenamtlich/freiwillig getragenes, nachbarschaftlich organisiertes Unterstützungssystem aufgebaut werden. Den Aufbau dieses Unterstützungssystems will der Caritasverband Soest mit seiner professionellen Ehrenamtsberatung leisten. Die Projektverantwortlichen sind die Ehrenamtsberaterin des CV Soest und der Caritaskoordinator, der für die Kooperation mit den Kirchen und den Caritaskonferenzen zuständig ist.

Zunächst soll das Projektvorhaben im Lippetal kommuniziert werden mit Unterstützung eines „Lotsen“ der Gemeindeverwaltung. Ansprechpartner sind dabei die Verantwortlichen in den

Ortsteilen, Fraktionen, Parteien, Kirchen, Caritaskonferenzen, Gruppen und Verbänden sowie weitere Persönlichkeiten im Lippetal. Danach soll ein Leitungsteam des Ehrenamtsnetzwerks Lippetal geworben werden, das nach einer Qualifizierungs- und Unterstützungsphase die Leitung des Netzwerks übernimmt. Das Leitungsteam soll das Ehrenamtsnetzwerk starten, indem es bestehende Angebote für alte Menschen auflistet, Bedarfe ermittelt und neue Ehrenamtliche und Freiwillige findet. Ist dies geschehen, geht es um die Entwicklung des Netzwerks in all seinen Facetten: Aufgabenorientierte Qualifizierung der Ehrenamtlichen und Freiwilligen, Vermittlung von Hilfen (z. B. Partnerschaften zu einzelnen alten Menschen oder Einsätze von Helferteams, die spezifische Aufgaben wie Fahrdienste, Putzdienste etc. haben). Außerdem sollen die Ehrenamtlichen und Freiwilligen begleitet und unterstützt werden und bei Beendigung der Tätigkeiten angemessen verabschiedet werden.

Nach Ablauf des Projekts (vorgesehener Zeitraum sind zwei Jahre) bietet der Caritasverband Soest eine weitere Begleitung für das Leitungsteam an. Das Angebot wurde im Februar 2014 angenommen.

Quelle: Projekt: Die alten Menschen im Lippetal „Niemand fällt durchs Netz“.

Als Finanzierungsmittel für soziale Projekte im ländlichen Raum kommen unter anderem die Mittel aus den europäischen Strukturfonds in Frage.

Strategien zu den Herausforderungen des demographischen Wandels und dessen Auswirkungen auf den ländlichen Raum beschäftigen bereits verschiedene Akteure. Es existieren auch bereits Förder- und Handlungsprogramme auf der Ebene der Europäischen Union (Mittel aus den europäischen Strukturfonds), des Bundes, der Länder und der Kommunen. Nicht überall ist das Thema allerdings schon angekommen und erfolgversprechende Konzepte wurden erst in Ansätzen implementiert.

Beispielhaft zu den bestehenden Förderprogrammen ist auf den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) hinzuweisen.“

Förderprogramme

Im Rahmen des EU-Programms ELER (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) werden vielfältige Projekte zur Entwicklung des ländlichen Raums gefördert. Bei vielen Projekten liegt der Schwerpunkt auf der Verbesserung der Lebensqualität durch die Förderung der sozialen Eingliederung. Im Rahmen des LEADER-Ansatzes, einem Titel im Rahmen von ELER, können spezifische Sozialleistungen, die durch sogenannte lokale Aktionsbündnisse (Kommunen, Partner der Zivilgesellschaft etc.) entwickelt werden, unterstützt werden. Informationen über LEADER gibt es unter http://enrd.ec.europa.eu/leader/de/leader_de.cfm und <http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/regionen/leader/>.